

BID.OP.ED – DAS DEBATTENFORUM DES BERLINER INFORMATIONSDIENSTES



► GESUNDHEITSPOLITIK

08.04.2013

Debattenbeitrag von Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e.V.

INNUNGSKRANKENKASSEN FÜR PRÄVENTIONSSTRATEGIE MIT GESAMTGESELLSCHAFTLICHER VERANTWORTUNG

Gesund zu sein, liegt im Interesse jedes einzelnen Menschen, gesundheitsbewusst zu leben damit eigentlich auch. Die dazu gehörenden Elemente sind weit bekannt: gesunde Ernährung, Bewegung, der Verzicht auf Alkohol, Tabak und andere Drogen, aber auch die Wahrnehmung von Vorsorgeuntersuchungen und präventiven Maßnahmen, wie beispielsweise Impfungen. Auf den ersten Blick ist das alles nicht sonderlich kompliziert. Aber die Theorie stößt an ihre Grenzen. Da ist zum einen die individuelle Lebenssituation (Familie, Beruf), die gesundes Verhalten oftmals erschwert. Zum anderen ist der Mensch in seinem Verhalten oft träge, bequem und dem Genuss durchaus gewogen und so halten sich die Aktivitäten zum gesundheitsförderlichen Lebensstil bei vielen Menschen doch stark in Grenzen. Die Folgen sind dramatisch und werden sich angesichts der demografischen Entwicklung noch verschärfen: Übergewicht und daraus resultierende Erkrankungen, wie Diabetes, Schlaganfall oder Herzinfarkt werden das Gesundheitssystem vor große Herausforderungen stellen. Aber gutgemeinte Appelle und Strafandrohungen bringen nicht weiter, denn gesundheitsbewusstes Verhalten muss trainiert werden, und zwar regelmäßig.

Die Gesundheit zu fördern, zu erhalten und die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte ein gemeinsames Anliegen aller Beteiligten sein. Hier sind neben den Kranken- und Pflegekassen auch die anderen Sozialversicherungszweige gefragt, wie Städte und Gemeinden, Schulen und nicht zuletzt auch die Nahrungsmittelindustrie – um nur einige wenige zu nennen.

Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf eines Präventionsförderungsgesetzes will die Bundesregierung der Gesundheitsförderung einen höheren Stellenwert verschaffen und nimmt sich vor, viele der verantwortlichen Akteure an einen Tisch zu bekommen. Soweit so gut. Einige der geplanten Maßnahmen sind durchaus geboten und weisen in die richtige Richtung. Mindestens sechs Euro je Versicherten sollen die Kassen künftig für die Prävention ausgeben. Das ist mehr als eine Verdoppelung des jetzt gültigen Richtwertes. Erhöht werden sollen vor allem die Ausgaben im Settingbereich: Es soll mehr Geld für Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen und Kieze bereitgestellt werden. Auch die betriebliche Gesundheitsförderung will die Bundesregierung aufwerten. Darüber hinaus führt die Bundesregierung eine zusätzliche Kinderfrüherkennungsuntersuchung ein. Die geschätzten Zusatzkosten für die Krankenkassen schlagen ab 2014 mit 250 Millionen Euro jährlich zu Buche.

Um die Menschen dabei zu unterstützen, gesund zu bleiben, engagiert sich die gesetzliche Krankenversicherung bereits seit Langem auf vielen Gebieten. Sie halten Angebote zur individuellen Prävention und zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz vor. Sie engagieren sich (auch gemeinsam mit anderen Akteuren) in den verschiedenen Lebenswelten, hier insbesondere in der Kita sowie Schule. Auch die Innungskrankenkassen bekennen sich zu ihrer Verantwortung: Schon heute investieren sie deutlich mehr, als es die gesetzlichen Zielvorgaben ausgewiesen haben. Rund 24,4 Millionen Euro haben die IKKn im Jahre 2011 für Präventionsleistungen ausgegeben. Vor diesem Hintergrund begrüßen die Innungskrankenkassen das Anliegen des Gesetzgebers grundsätzlich, setzen indes auch Fragezeichen.

Der erste Kritikpunkt am geplanten Gesetz setzt an der einseitigen Finanzierung an: Die finanzielle Last der Präventionsförderung soll weiterhin nur die GKV tragen. Dies verkennt in unseren Augen die gesamtgesellschaftliche Dimension einer präventiven Daseinsvorsorge und wird dazu führen, dass sich andere Akteure aus der Verantwortung herausziehen. Die Innungskrankenkassen begrüßen aus diesem Grund die geplante gemeinsame Empfehlung mit den kommunalen Spitzenverbänden, wie der Deutsche Städtetag, zur Zusammenarbeit im Bereich Primärprävention und Gesundheitsförderung, die genau dies zu verhindern sucht.

Zweiter Kritikpunkt: die eigenwillig anmutende Zwangsfinanzierung von Maßnahmen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) und die geplante Ausschüttung von nicht durch die Kassen verausgabten Mittel durch den GKV-Spitzenverband. Die BzGA soll 35 Millionen Euro jährlich durch die Krankenkassen erhalten. Sie ist eine dem BMG zugeordnete Bundesbehörde und wird als Bundesbehörde zukünftig damit zum größten Teil durch Beitragsmittel finanziert. Dieses Geld der Versicherten droht, ohne Einfluss der Krankenkassen bzw. der Selbstverwaltung in Kampagnen und Plakate zu versickern. Das darf nicht sein.

Sowohl die Finanzierung als auch die Sinnhaftigkeit dieser Regelung sind fragwürdig. Auch wenn vieles dafür spricht, sich gemeinsam auf Gesundheitsziele zu verständigen, müssen die Krankenkassen selbst entscheiden können, welchen Beitrag sie hierfür leisten und vor allem, mit wem sie bei der Gesundheitsförderung zusammenarbeiten wollen. Beitragsmittel der Versicherten und Arbeitgeber dürfen nicht zwangsweise auf eine Bundesbehörde zur gesundheitlichen Aufklärung verschoben werden. Assoziationen wie „Gießkannenprinzip“ oder „Verschiebehahnhöfe“ drängen sich auf.

Die Innungskrankenkassen fordern schon seit Langem die Entwicklung einer übergreifenden integrierten Präventionsstrategie mit einer gesamtgesellschaftlich sichergestellten Finanzierung. Die Krankenkassen würden in einem solchen Modell auch weiterhin Verantwortung zur Gesunderhaltung ihrer Versicherten übernehmen, in dem sie ihnen erprobte Maßnahmen anbietet. Die von der Bundesregierung vorgelegte Präventionsstrategie stellt alleine die Kassen in die finanzielle Verantwortung. Dies ist ein Fehler.

Über den Autor:

Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e.V.



Der IKK e.V. ist die Interessenvertretung von Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet mit dem Ziel, die Interessen seiner Mitglieder und deren mehr als fünf Millionen Versicherten gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten.

Dem IKK e.V. gehören die IKK Brandenburg und Berlin, die IKK classic, die IKK gesund plus, die IKK Nord sowie die IKK Südwest an.